

Mehr Kräfte für Hainberg: Ein steiniger Weg

GdP und Bundespolitiker Konstantin Kuhle suchen Gespräch miteinander

VON NORMAN REUTER

Uelzen-Holdenstedt – Der Weg, die Uelzener Bundespolizei-Abteilung am Hainberg personell stärker aufzustellen, erweist sich steiniger als von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erhofft. So berichtet es gestern Iven Rupscheit, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe, bei einem Pressegespräch. „Ich hätte mir gewünscht, dass wir weiter sind“, sagt er.

Wie berichtet, macht sich die GdP-Kreisgruppe seit geraumer Zeit für eine zusätzliche Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft sowie einer zweiten Spezialein-

heit für besondere Lagen am Hainberg stark. Nach wie vor seien der Bundesbereitschaftspolizei 500 zusätzliche Stellen zugesagt, so Rupscheit. Allerdings hätten sich die Hoffnungen, diese würden im Zuge der Haushaltsberatungen des Bundestages vor der Sommerpause mit den entsprechenden zusätzlichen Geldern unterfüttert, zer schlagen, führt Rupscheit aus. Die Mittel für die Stellen habe das Innenministerium aus seinem Etat aufzubringen.

Um nicht locker zu lassen, nutzt die Gewerkschaft Gelegenheiten, um mit Bundespolitikern ins Gespräch zu kom-

men – wie mit Konstantin Kuhle, seines Zeichens FDP-Bundestagsabgeordneter aus dem Raum Göttingen, der sich um die Themen Inneres und Recht kümmert. Kuhle besucht gestern die Region, zur Frage des gewünschten Personalzuwachses am Hainberg sagt er: Unabhängig davon, wer gerade auf Bundesebene regiere, sei eine Aufstockung des Uelzener Standortes geboten. „Wir sehen, welche herausragende Arbeit die Bundespolizei leistet.“ Er wolle zusammen mit Anja Schulz, FDP-Bundestagsabgeordnete aus dem Landkreis Uelzen, die entsprechenden Fragen in Berlin stellen.

Christian Teppe, Landtagskandidat der FDP, der zum Gespräch zwischen der GdP und Konstantin Kuhle eingeladen hatte, erklärt: Abgesehen von der Frage der Finanzierung der Stellen, sei auch der bauliche unzulängliche Zustand, dass Kräfte am Hainberg in Containern untergebracht werden, zu beheben.

Iven Rupscheit betont, ihm und seinen Mitstreitern sei klar, dass nicht auf Knopfdruck die zusätzlichen Kollegen am Hainberg stationiert werden könnten. „Es darf aber auch keine zehn Jahre dauern“, sagt er mit Blick auf die Aufgaben, die inzwischen die Uelzener Bundespolizisten übernehmen würden. Er erinnert an die Einsätze an den Grenzen, vor allem im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015, aber auch an Demonstrationen, die begleitet würden.

Wie Rupscheit sagt, sei es allein mit mehr Stellen nicht getan, es gelte zudem, die Kräfte langfristig zu halten: „Die Bundespolizei muss hier attraktiver werden“, so der Gewerkschafter. Bundespolizisten seien im Einsatzgeschehen viel unterwegs. Zusätzlich belastet seien sie auch durch die Standortzuteilung. „Jemand, der aus Uelzen für die Bundespolizei gewonnen wird, sollte nicht in Rosenheim stationiert werden“, verdeutlicht Rupscheit. „Die Erfahrung lehrt uns: Dann kündigen die jungen Kollegen.“



Tauschen sich gestern zur Bundespolizei-Abteilung am Hainberg aus (von li.) Thomas Acksteiner und Iven Rupscheit (beide GdP) mit Anja Schulz, Christian Teppe und Konstantin Kuhle. FOTO: NRE